

# In Nepal Allgemeinpraktikerin geworden

Ruth Gonseth hat sich mit 67 Jahren einen Jugendtraum erfüllt

PIETER POLDERAART

**Die frühere grüne Nationalrätin Ruth Gonseth hat in Nepal ihre zweite Heimat gefunden: Fünf Monate jährlich arbeitet die Hautärztin im mausarmen asiatischen Land.**

Sieben Kinder hat die 42-jährige Makmali, fünf von ihnen leiden unter der «Mondscheinkrankheit». Die seltene Erbkrankheit führt dazu, dass die Betroffenen das Sonnenlicht meiden müssen. Weil das häufig nicht möglich ist, sterben sie früh an Hautkrebs. Im Shanti-Spital in der nepalesischen Hauptstadt Kathmandu hat Ruth Gonseth die Kinder regelmässig mit hochwirksamen Sonnencremen und Hautkrebsalben behandelt, manchmal musste sie auch operieren.

Die heute 67-jährige ausgebildete Hautärztin wurde 2007 durch eine Freundin auf das Spital aufmerksam. Seither reist sie zweimal jährlich für einen mehrmonatigen Einsatz nach Nepal. Zuerst ins Shanti-Spital, das nicht nur ambulante Behandlungen durchführt, sondern auch ein Heim für etwa 70 chronisch Kranke und Behinderte umfasst. Vor allem Patienten mit Lepra, Polio, unfallbedingten Lähmungen, Tuberkulose und schweren Erbkrankheiten werden hier behandelt.

**TROPEN STATT METROPOLE.** In einem Dritteweltland medizinisch zupacken, das wollte Gonseth schon zu ihrer Studienzeit. Doch dann kam die Geburt des Sohnes dazwischen, später eröffnete sie ihre eigene Praxis, schliesslich nahm die Politik sie in Beschlag. «Als Studentin wollte ich zwar nach Afrika – jetzt ist es eben Asien», sagt sie.

Insgesamt 13 Monate arbeitete Gonseth in der lärmigen und staubigen Millionenstadt und lehrte die Pflegerinnen, wie die Verbände richtig zu wechseln sind. Nach einem Konflikt mit der deutschen Hilfswerksleitung sah sich Gonseth nach einem neuen Wirkungsort in Nepal um – denn das Land hat es ihr angetan, sie lernt auch dessen Sprache.

Im letzten September reiste sie erstmals nach Chitwan an der Grenze zu Indien. Die tropische Region ist touristisch attraktiv, im geschützten Urwald können unter anderem seltene Vögel, Nashörner und Elefanten beobachtet werden. Doch



**Neuer Wirkungsort.** Das asiatische Land Nepal hat es Ruth Gonseth angetan, sie lernt auch dessen Sprache. Foto Manuela Vonwiller

insgesamt ist die Provinz viel rückständiger als die Metropole Kathmandu.

Gonseths Aufgabe war delikat: Sie sollte ein Ambulatorium neu eröffnen, das vor drei Jahren erstellt worden, aber nie richtig in Betrieb gegangen war. Als die Schweizerin mit einer Kollegin in Chitwan eintraf, war die Klinik verdreckt, Termiten hatten den Medikamentenschrank in Beschlag genommen, das Röntgengerät war defekt. Die zwei Schweizerinnen kremptelten die Ärmel hoch, brachten das zehnköpfige Team auf Trab, putzten die Klinik und verpassten ihr einen neuen Anstrich. Vor Kurzem wurde ein junger nepalesischer Arzt eingestellt, täglich werden 30 bis 50 Patientinnen und Patienten ambulant versorgt.

Zwar sind Hautkrankheiten häufig in Nepal, aber die Dermatologin ist längst auch zur Allgemeinpraktikerin geworden. Gonseth behandelt auch Verletzungen, die von Verkehrsunfällen herrühren, Asthma, Allergien, Durchfall oder Blessuren von Schlägereien.

**UNTERSTÜTZUNGSVEREIN.** Um Medikamente, Hilfsmittel und lokales Personal zu finanzieren, gründete Gonseth zusammen mit Freundinnen und Freunden den Unterstützungsverein «Shanti Med Nepal». Die Reisespesen übernahm zweimal die Organisation Swisscontact, den Rest bezahlt Gonseth selber.

Von Nepal könne man durchaus lernen, mehr Gelassenheit etwa und Offen-

heit. Dennoch hat die Liestalerin ihre frühere, etwas verklärte Sicht auf Asien revidiert: «Es gibt 26 000 Hilfswerke in Nepal. Einen guten Teil davon haben Einheimische einzig zum Zweck der Selbstbereicherung lanciert», umschreibt sie ihre Erfahrung.

Erschreckt hatte die frühere Präsidentin der parlamentarischen Gruppe Tibet auch, dass die tibetischen Mönche, die in Nepal im Exil leben, ihre Nächstenliebe auf die eigenen Landsleute beschränken. Die Monate im Entwicklungsland machen ihr zudem deutlich, wie privilegiert wir in der Schweiz leben. Ein banales Beispiel? «Die warme Dusche.»

> [www.shanti-med-nepal.ch](http://www.shanti-med-nepal.ch)

## Ein glasklares Ja zum «Leuchtturm für das Kulturschaffen der Region»

SP Baselland ist für höhere Theatersubventionen

CHRISTIAN FINK

**Die Erhöhung der Baselbieter Subventionen ans Theater Basel um 17 Millionen Franken polarisiert: Während vergangene Woche die SVP einstimmig die Nein-Parole beschloss, entschieden sich die SP-Delegierten einstimmig für ein Ja.**

So heiter war ein Parteianlass, an dem Parolen beschlossen werden, noch selten. Andrea Bettini und Basso Salerno vom Basler Theater zauberten einen hinreissenden Auftritt aufs Parkett – mit Szenen aus dem bitter-fröhlichen Leben eines Secondos, hin- und hergerissen zwischen italienischem Lebensgefühl und der Reserviertheit des schweizerischen Alltags.

Der Auftritt, mit dem für die zusätzlichen Theatersubventionen aus dem Baselbieter geworben wurde, wäre allerdings nicht nötig gewesen. Die SP Baselland weiß, was ihr das Theater Basel wert ist. Landrat Marc Joset listete das vielfältige Angebot des Dreispartenbetriebs auf, der inskünftig auch vermehrt an externen Spielorten präsent sein möchte, etwa in Augusta Raurica. Zu den Fakten gehörte, dass Basel-Stadt heute mit 38 Millionen Franken zehnmal so viel Subventionen ans Theater bezahlt wie Baselland (4,4 Millionen). Und sollte Baselland den zusätzlichen 17 Millionen, verteilt auf vier Jahre, zustimmen, so trage die Stadt immer noch fast fünfmal mehr zu den Kosten bei.

Der SP-Politiker setzte diese Zahlen ins Verhältnis zu den Abo-Zahlen: 45 Prozent der Abonnenten wohnen in Baselland, 41 Prozent in Basel-Stadt, 14 Prozent in anderen Kantonen. 31 Prozent der Besucher im Theater Basel kämen aus dem Landkanton; rund 20 Prozent der Landschäftler besuchten das Stadttheater. Und: Rund ein Drittel der Theater-Mitarbeiter-

den stamme aus Baselland. Dass von den 400 Schulklassen, die das Theater 2009 besucht haben, 120 aus dem Baselbieter anreisen, sei ein weiterer Beweis, dass die Institution von den Landschäftlern gerne besucht werde. Das Theater, so Joset, sei «das Zugpferd, der Leuchtturm für das Kulturschaffen der Region».

**WÜNSCHBAR.** Fürs Josets Kontrahenten, SVP-Landrat Karl Willimann, führen die 17 Millionen in erster Linie zu einem noch höheren Defizit. In einem Kanton, der ein strukturelles Defizit aufweise, müsse das Wünschbare vom Notwendigen getrennt werden. Es bestehe ein kulturelles Überangebot in der Stadt. «Weitere Begehrungen werden folgen», so Willimann. Und viele Leute seien angewidert von dem, was im Stadttheater gezeigt wird.

Willimanns Argumente stachen nicht: Die Genossen beschlossen die Ja-Parole für die Theatersubventionen einstimmig.

### Präventionsgedanke spricht für ein Ja

**WAFFENINITIATIVE.** Die SP Baselland beschloss, ebenfalls einstimmig, die Ja-Parole für die Initiative zum Schutz vor Waffengewalt. «In der Schweiz gibt es 2,5 Millionen Waffen», sagte Landrätin und Regierungsratskandidatin Pia Fankhauser. Eine Verringerung sei aus Präventionsgründen dringend nötig. Der im Militärdienst genutzte Schlafsack müsse zurückgegeben werden, die Waffe jedoch nicht. Fankhauser: «Der Bund soll besser die Schlafsäcke nach Hause mitgeben und die Waffe nach Dienstende einziehen.» cf

## FDP will wieder zur Marke werden

Die Freisinnigen stellen bei den kantonalen Wahlen Themen vor Köpfe

THOMAS GUBLER

**Steuern, Bürokratie und Bildung sind die Schwerpunktthemen der FDP Baselland im Hinblick auf die kantonalen Wahlen.**

Die Freisinnigen wollen bei den kantonalen Wahlen vom 27. März mindestens ihren Besitzstand – zwei Regierungs- und 20 Landratssitze – wahren, wenn möglich aber noch den einen oder anderen Parlamentsplatz hinzugewinnen, beispielsweise im Wahlkreis Münchenstein/Arlesheim. Zu diesem Zweck stellt die FDP Themen in den Vordergrund – und etwas weniger als in der Vergangenheit Köpfe und Namen. «Damit man weiß, wofür die FDP steht», wie Wahlkampfleiterin Christine Pezzetta an der gestrigen Medienkonferenz im Liestaler Landratssaal erklärte. «Denn», so Parteipräsident Michael Herrmann, «wir wollen wieder vermehrt als Marke wahrgenommen werden.»

**TIEFERE BELASTUNG.** Zu ihren Hauptwahlkampfthemen hat die FDP die Steuern, die Bürokratie und die Bildung erkoren. Zu jedem Thema wird auf einem Plakat eine Frage gestellt: «Sie wollen weniger Steuern?», «Sie wollen weniger Bürokratie?» oder «Sie wollen eine Schule, die Leistung belohnt?». Wer das will, dem wird empfohlen: «Wählen Sie FDP!» Beziiglich Steuern verlangt die FDP eine tiefere Belastung für Private sowie für Unternehmen und gleichzeitig ausgeglichene Finanzen durch tiefere Staatsausgaben – getreu der von Fraktionschef Daniele Ceccarelli zitierten These: «Je tiefer



**Plakativ.** Christine Pezzetta, Präsident Michael Herrmann (Mitte) und Daniele Ceccarelli präsentieren die FDP-Schwerpunktthemen. Foto Otto Graf

die Steuern, desto tiefer die Ausgaben. Und umgekehrt.» Damit reiche Personen im Kanton bleiben, soll die Vermögenssteuer reduziert werden. Als weitere Massnahmen sollen eine Abschaffung der Handänderungssteuer und ein obligatorisches Finanzreferendum geprüft werden.

Um die Bürokratie einzudämmen, fordert die FDP mehr Freiheit und weniger Regeln sowie eine Rückkehr zum gesunden Menschenverstand. Als konkrete Massnahmen stellen sich die Freisinnigen unter anderem einen verbesserten Zugang zu den Behörden vor – in Form von zusätzlichen Möglichkeiten zu Online-Behördenkontakten oder bürgerfreundlicheren Schalteröffnungszeiten.

## Betreuung von Kindern kommt voran

Kommission sagt Ja

SUSANNA PETRIN

**Monatelang hat die Baselbieter Justiz- und Sicherheitskommission über einem Gesetz für familienergänzende Kinderbetreuung gebrütet. Knackpunkt ist die Finanzierung.**

Seit über zehn Jahren wird im Kanton Baselland an einem Gesetz für familienergänzende Kinderbetreuung (FEB) gewerkelt, fast ein Jahr beugte sich zuletzt die Justiz- und Sicherheitskommission darüber. Gestern publizierte sie nun endlich ihren Bericht: Die Kommission empfiehlt dem Parlament mit 7 zu 3 Stimmen, die von ihr beschlossene Gesetzesfassung für den Vorschulbereich anzunehmen.

Am meisten zu diskutieren gab die Berechnung der Beiträge für die Betreuung, wie es im Bericht heißt. Kanton, Gemeinden, Eltern – die Uneinigkeit darüber, wer welchen Kostenanteil übernehmen soll, brachte die Vorlage das letzte Mal zu Fall. Die Gemeinden verlangten, dass der Kanton sich viel stärker an den Kosten beteiligen müsse. Neu soll er laut Kommission 30 Prozent der Betreuungskosten im Frühbereich übernehmen, den Rest sollen Gemeinden und Eltern tragen – je weniger Letztere verdienen, desto mehr zahlen Erstere. Ab einem Einkommen von 130 000 Franken müssen die Eltern ohne Gemeindeunterstützung auskommen, unter 60 000 können sie ganz auf den Staat zählen, wie Kommissionspräsident Urs von Bidder (EVP) erklärt.

Der Kanton wiederum würde dank FEB mehr Steuern einnehmen, was seinen erhöhten Beitrag rechtfertige. Außerdem soll er – entgegen der Vorlage – nicht für die Anschubfinanzierung aufkommen.